

Sitzung des Rates der Stadt Winsen am 19.12.2023

Rede der Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen

Meine sehr verehrten Damen und Herren hier im Saal, auf der Tribüne sowie an den Bildschirmen!

Wir beraten den Haushalt für unsere Stadt in einer Zeit umfassender Umbrüche. Die Kriege in der Ukraine und in Israel haben gezeigt: Es ist nicht selbstverständlich, dass wir in Frieden leben.

Dazu die Klimakrise: Über 40 Milliarden € hat die Katastrophe im Ahrtal gekostet, 360 € für jede Bürgerin, jeden Bürger der Bundesrepublik. Die Auswirkungen der Klimakrise werden voraussichtlich an Heftigkeit, Häufigkeit und Dauer weiter zunehmen. Im Sommer 2022 sind über 8000 Menschen allein in Deutschland an der Hitze gestorben, 60.000 in Europa. Die Erde wird wärmer, das 1,5°-Ziel ist nicht mehr erreichbar und die Kosten des Klimawandels werden steigen.

Das sind neue Probleme. Für diese Probleme passen unsere alten Antworten nicht mehr. Verständlicherweise würden wir alle am liebsten alles beim Gewohnten lassen. Wir sind in dieser Situation damit konfrontiert – mehr als alle Jahre zuvor – den Bürgerinnen und Bürgern transparent zu erläutern, wie wir als gewählte Vertretung mit dem uns anvertrauten Geld zukunftsweisend umgehen.

Angesichts dieser Herausforderungen hat es die Bürgerinnen und Bürger Winsens nicht erstaunt, der Presse zu entnehmen, dass der kommende Haushalt sich schwierig gestalten würde. Auch wir – die Ratsmitglieder – konnten im Haushaltsanschreiben lesen, dass die guten Jahre für unsere Stadt vorbei sind.

Dabei sollte man doch meinen, dass gute Jahre bevorstehen: Die Sanierung der Innenstadt geht voran, das Naturbad eröffnet im kommenden Jahr und weitere größere Bauvorhaben werden diskutiert. Und – seien wir ehrlich: Winsen hat so viel Potential!

Dieses hohe Potential schlägt sich auch in - vergleichsweise - bemerkenswert guten Haushaltszahlen nieder, die auch im Vorbericht zum Haushalt nachzulesen sind. Aber: Die Pro-Kopf-Verschuldung hat sich in den letzten Jahren auf nun 630 € mehr als verdoppelt.

Wir müssen diese Entwicklung im Auge behalten. Derzeit kann jedoch nicht die Rede davon sein, dass die Verschuldung des Stadthaushaltes den Winsenerinnen und Winsenern über den Kopf wächst, zumal die Winsener Verwaltung seit langem äußerst sparsam wirtschaftet. Die Personalkosten betragen trotz geringer Steigerung immer noch nur die Hälfte des Landesdurchschnitts.

Auch wir GRÜNEN stehen hinter einer sparsamen Haushaltsführung. Hier in Winsen führt sie aber aktuell dazu, dass viele Vorhaben nicht oder nur verzögert umgesetzt werden können. Überschriften in der Lokalpresse wie „Kein Geld, keine Zeit, kein Personal“ zeugen von diesem Zustand. Dieser Engpass behindert die Entwicklung Winsens, gerade angesichts der

skizzierten gesamtgesellschaftlichen Situation. Wir müssen uns fragen, ob wir so den wachsenden Herausforderungen gerecht werden können.

Ziel muss eine nachhaltige Haushaltsführung sein. Es muss darum gehen, mit zielgerichtetem Mitteleinsatz den größtmöglichen Nutzen für Alle zu erzielen.

Es ist **jetzt** an der Zeit, kostspielige Investitionen in Frage zu stellen – und zwar auch dann, wenn anteilig Fördergelder fließen sollten. Auch Fördermittel sind Steuergelder. Die kostenintensiven Großprojekte der letzten Jahre führen zu einem erheblich gestiegenen Kreditvolumen, höheren Abschreibungen und damit letztlich zu einer Verringerung des Sachvermögens, wie auch unsere Rechnungsprüferin Frau Belter in ihrem Rechnungsprüfungsbericht ausführt.

Und dennoch: Für die Dramatik, mit der die Haushaltsberatungen der letzten Wochen begleitet wurden, fehlt die Grundlage. Nicht die fälschlicherweise angeführte fehlende „freie Spitze“ (diese Begrifflichkeit entstammt der alten Kameralistik), sondern ein Ausgleich des möglichen Fehlbetrages der Ergebnisrechnung mit Überschussrücklagen (Verfahren in der gültigen Doppik gem. §110 NKomVG) regelt die Genehmigungsfähigkeit. Und dieser Ausgleich ist bei einer Überschussrücklage von rund 66 Mill. € ohne Probleme möglich.

Es geht nicht um hohe Gewinne, sondern um die Schaffung guter Lebensbedingungen für die Bürgerinnen und Bürger. Man kann es auch kurz sagen: Eine Kommune ist keine Bank, sondern sie dient den Menschen.

In diesem Sinne begrüßen wir das freiwillige Haushaltssicherungskonzept, damit wir den Ursachen der steigenden Verschuldung auf den Grund gehen können. Hierhin gehören für uns auch die geplanten Investitionen für die Bibliothek, wenn wir es wirklich ehrlich meinen.

„Die Kommunen sollen ihre Haushaltswirtschaft so planen und führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.“ so das Kommunalverfassungsgesetz. Die Bereiche „Schulen und KiTas“ sowie der Bereich „Klimaschutz“ sind für uns die Schlüsselprodukte, an denen sich dies messen lässt. Dies sind die Themen, auf die es in besonderem Maße ankommt.

Und da gibt es Fragen: Wie kann es sein, dass Winsener Kinder ihre gesamte Kindergartenzeit in Containern verbringen müssen? Dass es keine Planungen für neue KiTas gibt, obwohl sich der Bedarf an fehlenden Plätzen gerade bestätigt hat und im Bereich der Kernstadt dramatisch ist? Und dass zudem ein Dauerbestand an Containern alles andere als wirtschaftlich ist?

Wie kann es sein, dass im Fachausschuss darüber diskutiert wird, dass eine Grundschule ihre Bibliothek einlagern muss, weil aktuell und zukünftig Klassenräume fehlen? Wie kann es sein, tatsächlich darüber nachzudenken, eine neue Schule zunächst ohne Sporthalle an den Start gehen zu lassen? Und wie kann es sein, dass erst ein massiver Elternprotest an einer anderen Schule dazu führt, dass Toiletten nicht mehr zum Himmel stinken?

Hier stellt sich die Frage der Wirtschaftlichkeit von wiederholten Ersatzmaßnahmen im Vergleich zur eigentlich geplanten umfassenden Sanierung. Wirtschaftlichkeitsberichte sind nicht nur gesetzlich vorgeschrieben, sondern sollten auch in Winsen gelebter Standard werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch ergänzen angesichts der neuesten dramatischen Ergebnisse der Pisa-Studie: In was für einer Gesellschaft wollen wir denn zukünftig leben? Wie wollen wir Bildung und Teilhabe gewährleisten und dem Fachkräftemangel begegnen?

Kommen wir zum Klimaschutz. Ich zitiere Claudia Kemfert, Professorin an der Leuphana-Universität in Lüneburg: „Finanzielle Schulden sind ein Problem, Klima-Schulden sind nicht nur finanziell gravierender, sondern sie rauben uns die Lebensgrundlage“. In diesem Verständnis haben wir im letzten Jahr gemeinsam parteiübergreifend das Klimaschutzkonzept für Winsen verabschiedet. In diesem Konzept steht bei jedem einzelnen Projekt ein Beginn und die Dauer der Bearbeitung. Dies ist Auftrag für uns, alle aufgezeigten Projekte entsprechend der Zeitleiste in Angriff zu nehmen und – und das ist relevant im Hinblick auf den Haushalt – mit einem entsprechenden finanziellen Polster auszustatten, das die Umsetzung auch ermöglicht. Hierzu haben wir die entsprechenden Haushaltsanträge gestellt.

Wir brauchen ausreichende Finanzmittel für PV-Anlagen auf kommunalen Dächern – die sich übrigens auch noch selbst refinanzieren. Wir brauchen ausreichend Finanzmittel für ein attraktives Förderprogramm „Energiesparendes Bauen und Sanieren“, das Anreize für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt setzt, neue Wege zu mehr Klimaschutz zu wagen.

Und wir brauchen ein Umdenken bei der Mobilität. Wir müssen endlich die Fußgängerinnen und Fußgänger, die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer, den ÖPNV vorrangig betrachten und nicht nur aus der Perspektive des Autos denken. Wir können es uns zukünftig nicht mehr leisten, die Umsetzung des Ausbaus des Radwegenetzes immer weiter nach hinten zu schieben!

Übrigens: Wir müssen bei unseren Überlegungen stets auch die Belange all' unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger mitdenken, die der Kinder ebenso wie die der Menschen mit Einschränkungen. In diesem Sinne halten wir die von uns geforderten Nachbesserungen in der neugestalteten Innenstadt für unverzichtbar.

Es geht uns darum, die Potentiale Winsens zu heben. Es geht darum, den Weg zu einer lebendigen Stadtgesellschaft weiterhin zu ebnen und dabei alle Bürgerinnen und Bürger in einer transparenten Kommunikation mitzunehmen. Kurzum: Es gilt, den Verschuldungsspielraum in moderatem Sinne zu nutzen.

Diese Ansätze sehen wir im vorliegenden Haushaltsentwurf bisher nicht umgesetzt.

Margot Schäfer